

Anwenden und umsetzen

Es war ein großer Sieg für die Gerechtigkeit, für Anstand und Moral. So weit wollen wir nicht gehen, erst recht nicht religiös werden. Auf jeden Fall wurde unser Antrag, den wir sehr formell mit „Entwicklung einer standardisierten Einzelfallprüfung bei der Vergabe städtischer Räumlichkeiten für politische Veranstaltungen“ überschrieben hatten, nach langem hin und her in der letzten Stadtratssitzung durchgewunken. Das kam überraschend, hatten sich die übrigen Fraktionen bei erstmaliger Einbringung (vor über einem Jahr) doch noch herzlich wenig für das Thema interessiert, das Vorhaben als nicht umsetzbar oder als Quatsch abgetan. Um dann, quasi aus dem Hinterhalt, plötzlich mit einem ähnlich lautenden Antrag um die Ecke zu kommen. Egal: Was ist Zweck dieses Antrags? Kurz gesagt geht es uns darum, extremistischen Parteien wie vor



allem natürlich der #fckafd den Zugang zu öffentlichen Räumlichkeiten für Wahlkampfveranstaltungen o.ä. zumindest zu erschweren. Das ist weder undemokratisch noch rechtsstaatlich fragwürdig. Bevor einer rumschreit. Das Gegenteil ist richtig: Demokratie und Rechtsstaat müssen verteidigt werden! Und wenn es die anderen nicht tun, dann eben wir. Wir beschwören keine Brandmauer, wir handeln! Wie brilliant der Zeitpunkt gewählt war, zeigen die anstehenden Neuwahlen der Regionalversammlung und (wahrscheinlich)

des Stadtrates – ausgelöst durch jeweils erfolgreiche Klagen der #fckafd. Extremisten machen sich den Rechtsstaat zunutze, wenn er ihnen hilft. Verhöhnen ihn aber, wenn sie sich den Regeln beugen müssen.